VAdM–Kurier

26. Ausgabe: September 2021
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

26. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im September 2021

Inhalt:

editorial	Seite 1
Union erneut im Lobby-Sumpf	Seite 1
Friedland: Gedenkfeier zur Auflösung der Wolgadeutschen Republik vor 80 Jahren	Seite 2
AfD: Das konservative Korrektiv	Seite 3
Corona-Wahn: Intensivbettenabbau	Seite 4
Asyl und Afghanen-Aufnahme	Seite 4
Afghanistan: Zankapfel zwischen Rußland und Britisch-Indien	Seite 5
Pressemitteilung: Befeuerung der Migration	Seite 6
Die Reichsgründung 1871 (Teil 6)	Seite 7
Abgabe von deutschem Kulturgut an polnische Gemeinden	Seite 10
Pressemitteilung: Partnerschaftsjubiläum mit Oppeln	Seite 11
AfD-Baden-Württemberg: Afghanistan-Resolution	Seite 12
Verschiedenes/Hoh(l)spiegel/ Impressum	Seite 12

editorial

In einigen Tagen wird in Deutschland der Deutsche Bundestag neu gewählt.

Nach dem Afghanistan-Debakel des Westens versucht dieser krampfhaft, die ehemaligen Hilfskräfte aus dem Geltungsbereich der vermeintlichen Gotteskrieger zu retten; unbeantwortet bleibt die Frage: Haben diese Mitarbeiter sich auch einen Rentenanspruch in Deutschland erworben?

Als die Bundesrepublik Anfang der 1990er mit steigenden Aussiedlern aus dem sowjetischen Geltungsbereich konfrontiert wurde, wurde sehr zügig das mit heißer Nadel gestrickte Fremdrentengesetz (FRG) verabschiedet. Aussiedler und Spätaussiedler erleiden, trotz der in den Herkunftsländern erbrachten Arbeitsleistung, noch heute die hiermit verbundenen erheblichen *finanziellen* Einbußen; Spätaussiedlern wird durch bürokratische Schikanen eine Umsiedlung nach Deutschland außerordentlich erschwert.

Vadim Derksen *Herbert Karl*

Stephan Protschka, MdB, [07.09.21 09:39]
https://afdkompakt.de/2021/09/06/altmaier-schweigt-neue-cdu-lobby-affaere-wanderwitz-mittendrin/?fbclid=IwAR0aS264hjscUB4YBHsoLMI1lXZ6EAclkdfduZHlUUkN36NL2aKdGeAeQtQ

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl versinkt die halbierte CDU in einem weiteren Lobby-Sumpf! Mehrere CDU-Politiker sollen versucht haben, in der Ukraine Altschulden der Münchner Firma „Varex“ einzutreiben. Bei den entsprechenden Gesprächen soll auch der CDU-Politiker Marco Wanderwitz beteiligt gewesen sein. Wanderwitz war zuletzt mit aggressiver Hetze und Beleidigungen gegen Ostdeutsche und gegen die AfD in Erscheinung getreten. Wanderwitz, der die AfD auch schon einmal bei Twitter als „giftigen Abschaum“ bezeichnete, setzt sich gern aufs hohe moralische Ross. Doch offenbar sollte Wanderwitz sich zunächst einmal um sein eigenes seltsames Gebaren im Umgang mit Firmen befassen. Das Haus von Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) schweigt übrigens zu der Frage, welchen Inhalt die dubiosen Gespräche hatten. Klar ist: Eine Partei, die eine derartige Abgehobenheit an den Tag legt, darf nicht in die nächste Bundesregierung gelangen! Besser: Beide Stimmen für die AfD!

Aktualität

Friedland, 28. August 2021:
80. Gedenktag der Auflösung der Wolgadeutschen Republik
Rede von Albert Breininger

Stalins Dekret vom 28. August 1941 beraubte die Russlanddeutschen über Nacht ihrer Republik, aller politischen und bürgerlichen Rechte, des unbeweglichen Eigentums sowie aller Gegenstände, die den materiellen Teil des kulturellen Erbes ausmachten.

Heute, am Tag des 80. Gedenktages, müssen wir uns zwangsläufig die Frage stellen: Was hat sich 30 Jahre nach der Rehabilitierung der Deutschen in Russland (*im Rahmen des russischen Gesetzes „Über die Rehabilitierung der verfolgten Völkerschaften" vom 29. April 1991*) am Schicksal unseres Volkes in Russland geändert. Leider müssen wir feststellen: Es hat sich nichts geändert.

Die Politik der bewussten Zerstörung der kulturellen Identität einer der größten nationalen Minderheiten in Russland geht unvermindert weiter.

Mindestens 500.000 Russlanddeutschen leben noch immer in den Orten, an die sie in den 40er und 50er Jahren vom stalinistischen Regime verbannt wurden, dort, wo sie damals in Lagern oder unter den Bedingungen des Sondersiedlungsregime leben mußten. Diese Lebensumstände führen zum Verlust der Sprache und zur vollständigen Assimilation.

Die Bundesregierung behauptet, dass die Tore nach Deutschland für die verfolgten Deutschen aus den Republiken der ehemaligen UdSSR offen bleiben. Dies ist jedoch nicht wahr. Der überwiegende Teil der Deutschen, der in der UdSSR unmenschlichen Verfolgungen ausgesetzt waren, sowie ihre Nachkommen, die heute die Aufnahme in Deutschland beantragen, erhalten nach jahrelangem Warten ablehnende Bescheide.

Heute haben wir an die 100.000 solcher Ablehnungen. Man darf nicht vergessen, daß hinter jeder dieser Ablehnungen eine ganze Familie steht, die in der Regel bitteren Verlust mehrerer Angehörigen zu beklagen hat, die in den schrecklichen sowjetischen Arbeitslagern zu Tode gemartert wurden oder auch später an den Folgen der Zwangsarbeit verstorben sind. Es gibt Tausende von zerrissenen Familien sowie Fälle, in denen Eltern in Deutschland leben, ihren Kindern und Enkeln aber die Aufnahme verweigert wird. **Und wenn diese verzweifelten Menschen dann zu uns kommen und Asyl beantragen, werden sie aus Deutschland zurück in die Verbannungsorte ihrer Eltern abgeschoben.**

Vor 65 Jahren kehrten die deutschen Kriegsgefangenen aus der sowjetischen Gefangenschaft in ihre Heimat zurück, während die Russlanddeutschen bereits seit 80 Jahren für den Zweiten Weltkrieg täglich bestraft werden, für einen Krieg, mit dem sie nichts zu tun hatten. **Die Verhöhnung der Opfer des stalinistischen Systems und die andauernde Politik der gewaltsamen Assimilierung der deutschen Minderheit in Russland und in den zentralasiatischen Republiken muss stoppt werden.**

In diesem Zusammenhang rufen wir heute die Bundesregierung, die europäischen Menschenrechtsorganisationen, die Regierungen der europäischen Länder und das EU-Parlament auf, **der Angehörigen der deutschen Minderheit aus den Ländern der ehemaligen UdSSR, die die Deportation und Verfolgungen persönlich überlebt haben, und ihren Nachkommen, die die Verbannungsorten verlassen wollen, das Recht auf Bleibe und Integration in der Europäischen Union zu gewähren.**

Die Rede ist auch über Facebook abrufbar:

https://www.facebook.com/100004687149033/posts/2045071932325692/?d=n

Die Alternative für Deutschland:
Ein konservatives Korrektiv

Im Leitartikel der *Banater Post* vom 15. September 2021: „Vom Wahlrecht Gebrauch machen“ kommt der Vorsitzende der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Peter-Dietmar Leber, auf die sich danach abzeichnende schwierige Regierungsbildung zu sprechen: Diese „hat auch damit zu tun, dass die beiden aussichtsreichsten potentiellen Kandidaten nicht antreten durften. Bei der Union war es der Kandidat der CSU, unser Mitglied. Bei den Grünen war es der männliche Bewerber.“

Mit dem unerwartet guten Abschneiden des Spitzenkandidaten der SPD, den diese als Vorsitzenden nicht wollte, war nicht zu rechnen. Dahingehend wird die FDP sich als Zünglein an der Waage versuchen. Jetzt kommt aber Leber offensichtlich zu seinem Hauptanliegen:

> *„Und an den Rändern, links und rechts, wollen zumindest die Linken die Schmuddelecke verlassen. Auch die AfD hat es nicht geschafft, eine Alternative zu werden. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander“*

Diese *populistische* Rhetorik könnte aus dem Wahlkampfbüro eines Markus Söder stammen. Da kann ja die Union froh sein, daß es im konservativen Lager seit den 1980ern immer ein konservatives Korrektiv zu ihr gab, denn dadurch ist es ihr gelungen, die besagte Schmuddelecke zu verlassen. Noch in den 1990ern wurde nämlich die „Faschismuskeule“ auch gegen die Union geschwungen und ihre Funktionäre und Abgeordneten als Nazis beschimpft, was für den einen oder anderen Altvorderen auch sicherlich zutraf.

Als noch streitbare Konservative, wie der Dominikanerpater Heinrich Basilius Streithofen in der Union aktiv waren, war diese Partei für Vertriebene und Aussiedler die einzige Alternative, denn bereits in den 1960ern haben sich SPD und FDP von diesen abgesetzt und von deren Anliegen meilenweit entfernt.

Anspruch und Wirklichkeit: Mehr inhaltlose Polemik geht nicht. Herr Leber sollte sich einmal die Protokolle des Deutschen Bundestages und diverser Landtage näher ansehen: Anspruch sind die eingebrachten Gesetzesvorlagen, Interpellationen und Reden der AfD-Abgeordneten. Wirklichkeit ist deren einhellige Ablehnung durch die Abgeordneten der politischen Konkurrenz, die sich nur in der Verweigerung der Mitarbeit mit der Alternative für Deutschland einig sind: Die Verhinderung eines Bundestagsvizepräsidenten spricht Bände. Von den Obstruktionen in den Wahlkämpfen, der Vernichtung von Wahlplakaten, den Tätlichkeiten gegen Wahlstände und ihr Personal ganz zu schweigen. Dies alles müssen Parteiforscher und -Historiker noch aufarbeiten.
Auch wenn Herr Leber im zweiten Abschnitt behauptet: *„Unsere Landsmannschaft ist überparteilich“* spricht das oben Zitierte dagegen. Fakt ist doch, daß die Landsmannschaften am Tropf aller *unionsbeteiligten* Landesregierungen hängen, entsprechend ist eine Niederlage der Union für alle Vereine schmerzlich, denn die Fehler und Versäumnisse der letzten 16 Jahre sind nicht wieder gut zu machen, deren Mehltau setzte sich auch auf die von verknöcherten Funktionären beherrschten Landsmannschaften ab.

Auch wenn Leber versucht, den aufgezeigten Widerspruch zu lösen:

> *„Das schließt nicht aus, dass sich Mitglieder unseres Verbandes parteipolitisch einbringen, es ist sogar erwünscht. Sie sollten spezielle Interessen unserer Mitglieder einbringen und dort vertreten. Alle Mitglieder sollten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen . . .“*

Das ist eine Floskel, die von unserem politisch überkorrekten Bundepräsidenten stammen könnte.
Der Widerspruch kann aber in der Wahlkabine am 26. September gelöst werden, wenn die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ihre Erst- und Zweitstimme einem Konservativen aus der Alternative für Deutschland geben.

Herbert Karl

Statt Presseschau: Ein Ausschnitt aus „UNSER MITTELEUROPA“:

„Neueste Infos zum Corona-Wahn – Intensivbettenabbau geht in der „Pandemie“ konstant weiter

04. 09. 2021

Wie unsere Leser wissen, bringen wir seit Beginn der sogenannten „Pandemie“ vor mehr als einem Jahr laufend Artikel und Studien zum Thema „Corona“. Nachdem sich die Berichte über Widersprüche und Irrwitzigkeiten rund um das Virus in letzter Zeit geradezu häufen, wollen wir ab jetzt Meldungen aus den Medien in gekürzter und chronologischer Form hier wiedergeben. Diese Sammlung soll auch eine kleine Hilfe für künftige Historiker darstellen, wenn es gelten wird, diesen Jahrhundertbetrug aufzuarbeiten.“

Intensivbettenabbau geht in der „Pandemie“ konstant weiter, um einen Bettennotstand zu simulieren

Nachdem das Lügengebäude rund um die angebliche Wirksamkeit der Covid-Impfungen gerade am Zusammenbrechen ist und praktisch keine Veranlassung besteht, die Bevölkerung weiter mit überflüssigen Maßnahmen zu disziplinieren, versucht man, um Panik und Angst zu verbreiten, als letzte Hoffnung jetzt von überlasteten Intensivstationen in Krankenhäusern zu sprechen.

Gäbe es wirklich eine tödliche Pandemie, wäre es wohl grob fahrlässig, ausgerechnet jetzt Intensivbetten anstatt auszubauen, weiter zu reduzieren. Und genau das passiert seit Beginn der sogenannten Pandemie. Das sollte auch dem Naivsten einleuchten.

Um nicht, wie Politiker und die von ihnen abhängigen Medien sinnlos herumzufabulieren, wollen wir einmal mehr die Zahlen sprechen lassen. Wohl in der Hoffnung, dass zumindest diejenigen, die Statistiken sinnerfassend begreifen können, sich ihren Reim daraus machen. Blödleute mögen sich weiter einschüchtern und sich ihre Gratis-Bratwurst schmecken lassen.

Die hier gezeigten Screenshots von *intensivstationen.net* sprechen für sich . . .“

Die folgenden Seiten aus dem in Polen redigierten Magazin sind nur für hartgesottene Zeit*genossen*.

Herbert Karl

Wochenblick schreibt:

„Asyl und Afghanen-Aufnahme: Sie wiederholen alle Fehler!

3. September 2021

DIE DEBATTE ZIELT AN DEN FAKTEN VORBEI:

Asyl und Afghanen-Aufnahme: Sie wiederholen alle Fehler!

Bild: MAGO / ZUMA Wire

„Frauen und Kinder“ müsse man schnell aus der Krisenregion holen, auch sogenannte „Ortskräfte“ einfliegen. Es stellt sich aber immer mehr heraus: Die Erzählung entbehrt jeglicher Grundlage – und mittelfristig droht wohl ein „neues 2015“.

Alleine die Bundeswehr brachte bislang 3.849 Afghanen nach Deutschland, nur 138 davon sind echte „Ortskräfte“, dazu 496 Familienangehörige. Auch vorbestrafte und zuvor abgeschobene Personen sind unter den Neuankömmlingen. Das hält österreichische Politiker nicht ab, auch für unser Land ein Kontingent zu fordern: SPÖ-Obfrau Pamela Rendi-Wagner will Frauen aufnehmen, die „für uns und unsere westlichen Werte gekämpft“ hätten.

Humanitäre Pflicht?

Das neutrale Österreich beteiligte sich aber nicht am Afghanistan-Einsatz und Afghaninnen nahmen nicht an Kampfeshandlungen teil. Auch der Appell der grünen Justizministerin Alma Zadić, die für eine vermeintliche humanitäre Pflicht an die Hilfe im Balkankrieg erinnert – auch sie kam damals aus Bosnien nach Österreich – geht am Ziel vorbei: Jugoslawien war, anders als Afghanistan, ein Nachbarland.

ÖVP-Ministerin für Aufnahme von Afghanen

Sogar ÖVP-Europaministerin Karoline Edtstadler sieht es als „unsere Pflicht, Menschen zu unterstützen und dort rauszuholen“. Gegen deren Aufnahme in Österreich stemmt sich die Kanzler-Partei zwar aus taktischem Kalkül noch. Die Frage ist aber, wie lange sie den Widerstand noch mimt. Denn seit Wochen versuchen illegale Migranten über die grüne Grenze zu kommen, Asylanträge vor allem von Afghanen und Syrern steigen rapide an . . “

Asyl und Afghanen-Aufnahme: Sie wiederholen alle Fehler! (wochenblick.at)

Geschichte kontrovers

Afghanistan: Zankapfel zwischen Rußland und Britisch-Indien
Eroberung Zentralasiens durch Rußland
Teil 2

Das im 17. Jahrhundert erstarkte Rußland übte auf die schwachen und uneinigen Staaten Zentralasiens einen starken Expansionsdruck aus. Auslöser der russischen Expansion waren u. a. der Dauerkonflikt mit dem Osmanischen Reich, Handelsinteressen – Kontrolle der 'Seidenstraße' –, aber insbesondere die *Sicherung der Grenzen* des eigenen Machtbereichs. Hier kam es noch bis in das beginnende 19. Jahrhundert hinein zu Plünderungszügen zentralasiatischer Banden: Das Eintreten für die Sklavenbefreiung hatte – hier lagen die Parallelen zu England gleich – weniger humanitäre, als realpolitische und wirtschaftliche Erwägungen.

Diese Grafik stammt aus dem *Punch* vom 30. November 1878

Bereits kurz nach den napoleonischen Kriegen gaben sich die Briten Rechenschaft, daß sie nicht der einzige Anwärter auf die innerasiatische Hegemonie waren: Der Erzrivale, auch in Kolonialfragen – einschließlich Indiens – war *nicht* mehr Frankreich, sondern Rußland. Dieses war umso gefährlicher, als es nicht über die Meere, sondern *über* Land Zentralasien erreichen konnte und etwa ab 1860 recht systematisch hier vordrang (Hoetzsch, S. 106). Das britisch-russische Ringen um Zentralasien, um Afghanistan im Besonderen, nach dem Rückzug der napoleonischen Truppen aus Rußland wurde seinerzeit und in den Geschichtsbüchern als *Great Game* – das Große Spiel – genannt. Die aktuell zu erwartenden Konfrontationen nach dem vom Westen hinterlassenen Machtvakuum deutet bereits auf eine Neuauflage eines *great game* hin.

Im Juli 1863 wurde es klar, daß die Westmächte Frankreich, Österreich und England die Unruhen in Polen *nicht* zu einer Intervention im Baltikum ausnutzen konnten und wollten - damit war die Westfront gesichert. Dies sprach für diejenigen, die für eine „forward policy" (Vorwärtspolitik) in Asien eintraten; hinzu kam die schnelle Erholung der russischen Armee nach dem Krimkrieg. So formulierte der russische „Kriegsminister", Dmitri Alexejewitsch Miljutin, sinngemäß: *Durch die Beherrschung Khokands können wir ständig die englischen Besitzungen in Indien bedrohen. Dies ist sehr wichtig, denn nur hierdurch können wir unserem Feind gefährlich werden.*

1963 gab es Vorbereitungen, in Chiwa sowie entlang des Oxus (die antike Bezeichnung für den Amu-Darja), vorzugehen, sollten Frankreich und England das russische Reich angreifen. Schienen Gortschakow und dem Finanzminister noch im Februar die Kosten weiterer zentralasiatischer Expansion zu hoch, so hatte die Frühjahrskampagne Oberst Michail Grigorjewitsch Tschernjajews das Gegenteil bewiesen und den russische Außenminister, Alexander Michailowitsch Gortschakow, umgestimmt; mit Miljutin unterbreitete er dem Zaren neue Expansionspläne – diese wurden noch vor Jahresende genehmigt. Nach sorgfältigen Vorbereitungen ging man im Juni 1864 vor: Oberst Verevkin mit 1 500 Mann Richtung Suzak und Turkestan und Oberst Tschernjajew mit 2 500 Soldaten gegen Aulie-Ata. Nach ihrem geplanten Treffen wurde die Khokand*grenze* errichtet (Gillard, S. 117f.).

Verefkin ging bis dahin streng nach Plan vor; der „man on the spot" machte sich sodann aber selbständig: Im September 1864 nahm er Chimkent im Handstreich, scheiterte aber vor Taschkent. Die unter sich verfeindeten Khanate Buchara, Chiwa und Khokand gerieten somit in unmittelbare Nachbarschaft des russischen Reiches.
Das mit England verbündete Afghanistan hatte andererseits Gebietsauseinandersetzungen mit Buchara. Die britischen Interessen wurden hier bereits gestreift: Hier prallten beider Mächte Handelsinteressen direkt aufeinander. Rohbaumwolle, durch den Amerikanischen Bürgerkrieg zum Krisenstoff geworden, spielte hier für beide eine wichtige Rolle. Gillard vergleicht die Probleme der Russen in den Khanaten mit denen der Briten in Sind, Pandschab und Afghanistan 20 Jahre früher: Auch hier stieß die europäische Diplomatie im Umgang mit deren Herrscher an ihre Grenzen (Gillard, S. 121).

Im Prinzip hatte das russische Reich wie das britische Empire ein ähnliches Problem: Im Bestreben nach *sicheren* Grenzen mußte immer wieder ein neues Grenzgebiet befriedet und dem jeweiligen Reich einverleibt werden. In diesem Sinne ist die „Circular-Note" Gortschakows, vom 3. Dezember 1864 signifikant, insoweit diese die Notwendigkeit sicherer Grenzen in Zentralasien verlangte und vor allem den Briten dies auch verkündete und der eigenen Führung zum Programm machte:

(Fortsetzung S. 6)

(Fortsetzung von S. 5)

> *„Die Stellung Russlands in Central-Asien ist die aller civilisiter Staaten, welche sich in Kontakt mit halbwilden, umherstreifenden Völkerschaften ohne feste sociale Organisation befinden. In dergleichen Fällen verlangt das Interesse der Sicherheit der Grenzen und der Handelsbeziehungen stets, dass der civilisirtere Staat ein gewisses Uebergewicht über Nachbarn übe, deren unruhige Nomadensitten sie äusserst unbequem machen [. . .] Daher entspringt die Nothwendigkeit entfernter, kostspieliger, wiederkehrender Expeditionen gegen einen Feind, den seine Organisation unangreifbar macht. Wenn man sich darauf beschränkt, die Plünderer zu züchtigen, und sich zurückzieht, wird die Lektion bald vergessen und der Rückzug der Schwäche zugeschrieben [. . .]*
> *Um diesen andauernden Unordnungen ein Ende zu machen, errichtet man einige befestigte Punkte unter den feindlichen Volksstämmen; man übt über sie ein Uebergewicht, welches sie zu einer mehr oder weniger erzwungenen Unterwürfigkeit führt. Aber gleich rufen andere entferntere Volksstämme jenseits dieser zweiten Linie dieselben Gefahren und dieselben Sorgen zur Beseitigung derselben hervor [. . .]*
> *Dieses Loos haben alle Staaten, welche sich in ähnlichen Verhältnissen befanden: Die Vereinigten Staaten in Nordamerika, Frankreich in Algier, Holland in seinen Kolonien, England in Indien [. . .]*
> *Dies ist auch der Grund gewesen, welche die Kaiserliche Regierung veranlasst hat, sich zuerst einerseits am Syr-Darja, andererseits am Issik-Kul festzusetzen und diese beiden Linien durch vorgeschobene Forts zu befestigen [. . .]*
> *Die Kaiserliche Kabinet, indem es sich dieser Aufgabe widmet, hat die Interessen Russlands im Auge. Es glaubt aber gleichzeitig den Interessen der Civilisation und Humanität zu dienen. Es hat das Recht, auf eine gerechte und loyale Würdigung des Ganges, den es befolgt, und der Principien, die es leiten, zu zählen“ (Stumm, S. 58ff.)*

Durch die Eroberung Khojands, nach dem Sieg über die Armee Bucharas, gelang es dem Nachfolger Tschernjajews, Romanowsky, im Mai 1866 eine sichere Operationsbasis sowohl gegen Buchara, als auch gegenüber Khokand zu errichten. Mit General Konstantin Petrowitsch von Kaufmann, Sohn eines russischen Generals aus einem holsteinischen Geschlecht, als Generalgouverneur wurde zur Sicherung der neuesten Eroberungen eine neue Administration Turkestan, mit dem Zentrum Taschkent etabliert. Der russische Druck war so massiv, daß die Khanate versuchten, ihre Streitigkeiten untereinander beizulegen und im Frühjahr sogar den Heiligen Krieg erklärten. Die Russen forcierten im Mai den Zarafshanfluß und eroberten das legendäre Samarkand; die im Sommer eröffneten Verhandlungen endete mit der Akzeptierung der russischen Bedingungen Ende 1868 (Gillard, S. 124). Wenn auch beide Khanate formel unabhängig blieben, wie das Zirkularschreiben Gortschakows verkündet hatte, so blieb dieses angesichts des konsequenten und hartnäckigen russischen Vormarsches bloße Makulatur. – Dies mußte den Verantwortlichen in London und Indien spätestens jetzt bewußt werden.

So hatte die Besetzung von Kuldsha, die diplomatischen Bemühungen Gortschakows um das Stillhalten der europäischen Mächte sowie die militärischen Vorbereitungen nur ein Ziel: Chiwa. Dieses Zentrum des Sklavenhandels stand, wie auch die vorher besetzten Khanate, dem russischen Sicherheitsbedürfnis und Handelsinteressen im Wege, versperrte die direkte Kommunikation mit Zentralasien: Das Einrichten eines Stützpunktes 1869 an der Ostküste des Kaspischen Meeres auf einem zu Chiwa gehörigem Gebiet war ein Hinweis auf die Eroberung dieses Khanats selbst.

Durch eine gründliche Planung seit 1870 und einem entschlossenen Feldzug wurde dieses im Mai 1873 überrannt. Wie Buchara und Khokand wurde auch Chiwa beschnitten und seine Außenpolitik fortan in St. Petersburg bestimmt. Rußland erreichte das nördliche Ufer des Oxus, kontrollierte damit die Ostküste des Kaspischen Meeres und das Ust-Urt-Plateau (Gillard, S. 130). So zeichnete sich bereits die Expansions*linie* Merw und Herat ab. – Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann der englische Machtbereich erreicht werden würde.

Literatur

David Gillard: The Struggle for Asia 1828-1914. A study in British and Russian imperialism, London 1977;
Otto Hoetzsch: Russland in Asien. Geschichte einer Expansion, Stuttgart 1966;
Hugo Stumm: Der russische Feldzug nach Chiwa, Berlin 1875.

(Fortsetzung folgt)

AfD-Pressemitteilung vom 2. September 2021

Tino Chrupalla: BAMF und EU-Kommission befeuern Migration aus Afghanistan

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sieht sich organisatorisch auf Fluchtbewegungen aus Afghanistan vorbereitet, wie ein BAMF-Sprecher dem RND mitgeteilt hat. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres haben ungefähr so viele Afghanen Asylanträge in Deutschland gestellt wie im gesamten Vorjahr. Dazu erklärt Tino Chrupalla, Spitzenkandidat der Alternative für Deutschland für die Bundestagswahl:

„Das BAMF sendet das Signal an wanderungswillige Afghanen: Wir sind auf euch vorbereitet. So befeuert die Behörde weitere Migration aus Afghanistan, und Bundesinnenminister Seehofer schaut tatenlos zu. Auf den letzten Metern versagt die Bundesregierung auf der ganzen Linie. Anstatt die Migrationswelle gemeinsam mit den europäischen Partnern zu stoppen, empfängt sie Migranten mit offenen Armen. Schluss damit. Die Regierung muss jetzt dafür sorgen, dass die deutschen Grenzen lückenlos geschützt und Migranten ohne Einreiseerlaubnis an der Grenze abgewiesen werden.“

EU-Innenkommissarin Johansson hat noch für September ein sog. Neuansiedlungsforum angekündigt, auf dem legale Wege der Neuansiedlung gefunden werden sollen. Chrupalla weiter:

„EU-Kommissarin Johansson handelt nicht im Interesse der Bürger Europas. Sie sollte sich gemeinsam mit dem EU-Außenbeauftragten dafür aussprechen und einsetzen, dass noch größere Flüchtlingsströme gar nicht erst entstehen, möglichen Flüchtlingen aber in der Heimatregion geholfen wird. Stattdessen setzt sie mit ihrem Gerede von Neuansiedlung überhaupt erst einen Anreiz für Afghanen, in Europa ihr Glück zu suchen. Europa braucht kein Neuansiedlungsforum, sondern so bald wie möglich ein Remigrationsforum.“

Die Reichsgründung 1871:
Auf Rußlands Intervention folgt die Olmützer Punktation
Teil 6

1850 waren die Errungenschaften der nationalen 48er-Revolution endgültig verspielt; Chancen einer nationalen Erneuerung konnten nur über eine ‚Revolution von oben' wahrgenommen werden. In den deutschen Einzelstaaten dominierten allerdings die alten Kräfte. Und dennoch – auch wenn der preußische König die Kaiserkrone abgelehnt hatte – lag die Chance „einer bundesstaatlichen Lösung mit Beibehaltung erheblicher liberaler Errungenschaften" nach wie vor in Berlin (Lutz, S. 317).

Die nur zaghaft betriebene Unionspolitik war auch wegen interner Widerstände innerhalb der preußischen Regierung zum Scheitern verurteilt; sie war

> *„aber nur mit dem Draußenbleiben Österreichs zu erkaufen; die Einbeziehung der Deutschen Österreichs aber mußte auch die Einbeziehung der nichtdeutschen Österreicher und also den Verzicht auf den Nationalstaat bringen, und noch dazu eine erhebliche Einschränkung der liberalen Verfassungselemente" (Lutz, S. 317).*

Die innerdeutschen Krisen um die norddeutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein sowie um Kurhessen verstärkten den österreichisch-preußischen Antagonismus im Deutschen Bund. Im Frieden von Berlin wurde die dänische Souveränität über die beiden Herzogtümer, die durch die revolutionären Ereignisse 1848 aufgehoben worden war, wieder hergestellt. Die preußische Regierung beugte sich dem *massiven Druck Englands und Rußlands*, die um ihre Nordsee-Ostsee-Verbindungen besorgt waren. Preußen handelte im Auftrag des Bundes, entsprechend würde ihm von diesem eine mögliche diplomatische Niederlage angekreidet werden.

Als sich die Kieler Statthalterschaft erfolgreich gegen die dänische Besetzung zur Wehr setzte, waren die Preußen *und* die Union aber auch Österreich *mit* dem Rumpfparlament verfassungskonform verpflichtet, gegen die ‚Rebellen' vorzugehen. In einer nationalen Aufwallung erklärte Friedrich Wilhelm IV. – im Einklang mit der nationalen Stimmung im Bund – plötzlich das Frankfurter Vorgehen gegen Kiel als *illegal* und war bereit, es auch auf eine kriegerische Auseinandersetzung ankommen zu lassen.

In Kurhessen eskalierte ein Verfassungskonflikt zwischen dem Kurfürsten und dem liberalen Landtag, dem sich auch die Mehrheit der Bevölkerung anschloß. Kurfürst Friedrich, dem sich auch das Militär verweigerte, stellte im September 1850 dem Frankfurter Rumpfparlament einen Interventionsantrag zu, dieses setzte umgehend bayerische Truppen zur Exekution seiner Beschlüsse in Bewegung. Da Kurhessen sich ursprünglich der Union angeschlossen hatte und nun zur österreichischen Gruppe wechselte, sah sich Preußen nicht nur in seiner ‚Ehre' verletzt, sondern sah seine nationalpolitischen Ziele sowie die Etappen in seinen westlichen Provinzen gefährdet, denn dies hätte der österreichischen Gruppe die Verbindung nach Hannover und von dort den Einmarsch in Holstein ermöglicht. Preußen machte mobil und der Bund stand vor einem Bruderkrieg.

Unter russischem Druck wurde in Warschau beschlossen, in so genannten „freien Konferenzen" eine Reform des Bundes – einschließlich des Gesamtbeitritts Österreichs mit seinen *nichtdeutschen* Provinzen in den Bund und einer Gleichstellung der beiden deutschen Großmächte in der Leitung des Bundes – zu verhandeln.

Dem österreichischen Außenminister, Felix von Schwarzenberg, gelang es, sich die Unterstützung des dritten Deutschlands zu sichern. Angesichts des drohenden Aufeinandertreffens von preußischen auf bayerische Truppen in Kurhessen zögerte Preußen und lenkte schließlich ein: Im mährischen Olmütz trafen sich am 29. November 1850 die Unterhändler beider deutscher Staaten, Schwarzenberg und Preußens neuer Außenminister, Otto Freiherr von Manteuffel, und Rußlands. Um zu einem Ergebnis zu gelangen, mußte der preußische Unterhändler seine ursprünglichen Kompetenzen überschreiten. Diese Demütigung Preußens ging in die Geschichte als *Punktation* von Olmütz ein; juristisch handelt es sich bei einer solchen um die schriftliche Niederschrift eines Vertragsentwurfs.
,
Preußen ratifizierte diesen Vertrag am 2. Dezember 1850: Darin verzichtete Preußen endgültig auf die *nationalliberale* Union und stimmte der Rückkehr zum *alten* Bundesrecht zu. Diese Vereinbarung brachte durch die Aufgabe der Radowitzschen Unionspolitik und dem Zurückstecken in der holsteinischen und kurhessischen Frage die preußischen Konservativen in eine äußerst schwierige Lage. Auch wenn dieses Nachgeben Preußens in diesen zwei wesentlichen Punkten in der informierten Öffentlichkeit nach einem österreichischen *Punktesieg* aussah, gab es auch Aspekte, die dieser Einschätzung widersprachen.

(Fortsetzung. S. 8)

(Fortsetzung von S. 7)

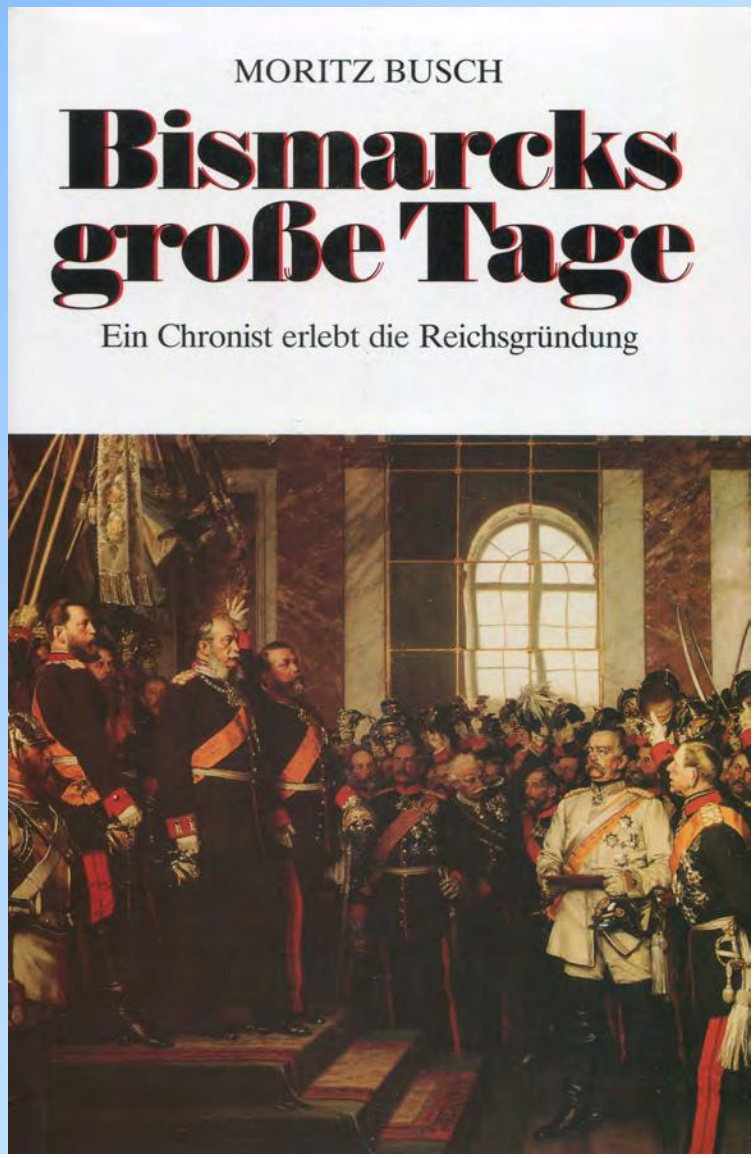
Das dritte Deutschland sah sich durch diese Punktation nicht nur übergangen, sondern von Österreich im Stich gelassen, denn dieses hatte dem preußischen Expansionsdrang keinen wirksamen Riegel vorgeschoben:

> *„»Sie hätten gewünscht. Wir hätten gerauft. Ich auch« - soll Schwarzenberg damals zu dem sächsischen Minister Beust geäußert haben, und der bayerische Staatsmann von der Pfordten nannte den Preis, den Österreich gezahlt hatte: »Der Kampf um die Hegemonie in Deutschland ist entschieden und Österreich hat ihn verloren« (Lutz, S. 389)*

Bei der preußischen Kriegspartei, den *Gothaern* und in den „Reihen der kleindeutschen Nationaldemokraten“ war viel von der Ehre Preußens und der »Schmach von Olmütz« die Rede: Zu den Verfechtern des Vertrages zählte hingegen der von den Gebrüdern Gerlach geförderte und kurz darauf zum Bundestagsgesandten ernannte Otto von Bismarck (Fehrenbach: Verfassungsstaat, 1992, S. 57).

In seiner bekannten Olmütz-Rede gab Bismarck ein bemerkenswertes Bekenntnis zur *Realpolitik* ab. Weder die Verteidigung der Union, noch die kurhessische oder die schleswig-holsteinische Sache sei ein Kriegsgrund wert: Die Union sei »ein zwitterhaftes Produkt furchtsamer Herrschaft und zahmer Revolution«, sie hätte zur Mediatisierung Preußens, nicht unter die Fürsten, sondern unter *die* Kammern geführt. Nicht nur mit den kleineren Staaten müsse Preußen sich verbinden, sondern auch mit Österreich:

> *„Es ist eine seltsame Bescheidenheit, daß man sich nicht entschließen kann, Österreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich kann in nichts Anderem den Grund hiervon suchen, als daß Österreich das Glück hat, fremde Völkerstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht schließen, daß, weil Slowaken und Ruthenen unter der Herrschaft Österreichs stehen, diese die Repräsentanten des Staates und die Deutschen eine bloß beiläufige Zugabe des slavischen Österreichs seien; sondern ich erkenne in Österreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat“ (Huber: Verfassungsgeschichte, 1960, S. 922).*



Sechzehn Jahre später sollte sich der preußische Ministerpräsident Bismarck kaum noch an diese seine große Rede erinnern.

Die Zweite Kammer Preußens weigerte sich anfangs, der Olmützer Punktation zuzustimmen; erst am 8. Januar 1851 stimmte sie mit hauchdünner Mehrheit dieser zu: „Es waren nicht die preußischen Konservativen, sondern die preußischen Liberalen, denen die den deutschen Frieden wahrende Manteuffel-Schwarzenbergsche Konvention als die »Schmach von Olmütz« galt, die zu sühnen seitdem ihr unablässiges Bemühen war“ (Huber: Verfassungsgeschichte, 1960, S. 922).

Die finale Entscheidung über den deutschen Hegemon wurde unter dem Druck Rußlands vertagt. Für den Abgeordneten Bismarck in der preußischen Kammer war die Punktation ein historisches *Lehrbeispiel*: Nur in einer außenpolitischen Konstellation, in der die anderen Großmächte – England, Frankreich und Rußland – *nicht* intervenierten, war die deutsche Frage zu lösen; dieses Momentum mußte vorbereitet und abgewartet werden.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten

Teil 14

Das harte Vorgehen des radikalen Flügels der Kommuneleitung in den Kolonien unter Alexander Dotz nahm ein jähes Ende, nicht etwa wegen der Einsicht in ihrem eigenen erbarmungslosen Handeln gegen ihre Landsleute, sondern durch den bereits in den 1920ern spürbaren Klimawandel: Der Sommer 1920 brachte eine der schlimmsten Dürren in den Steppen Rußlands.

In der Moskauer Zentrale kam offensichtlich nur die Nachricht an, daß „ihre Kornkammer unregierbar geworden sei" (Dalos, S. 101). Entsprechend suchte man die Schuldigen – für die spätere sowjetische DNA nicht untypisch – bei den Führungskräften vor Ort aus: Die unbeliebtesten Politrucks im Wolgagebiet wurden abgesetzt:

> *„Um das eigene Gesicht zu wahren, wurde dies als »planmäßige Verlegung der Parteiarbeiter« deklariert, die immerhin der »Entspannung« der Lage an der Wolga dienen sollte. Die verbleibenden »Gemäßigten« wurden jedoch niemals in die nun vakanten Funktionen eigesetzt, sondern in anderen Bereichen beschäftigt. Man bevorzugte eine Politik der Stellenbesetzung, die »salomonisch« gemeint war: Die neue Garnitur bestand fast ausnahmslos aus Russen, die nicht aus der Region waren und kein Deutsch verstanden" (Dalos, S. 102).*

Als ob nichts geschehen wäre, äußerte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare am 16. Oktober den Wunsch, weitere 35 Waggons Brotgetreide zu liefern.

Jakow Suppes, ein junger Elektrotechniker und Kommunist, der keiner Fraktion angehörte, aber Mitglied des Exekutivkomitees des Sowjets war, unternahm den Versuch, der Moskauer Zentrale die verzweifelte Lage der Teilrepublik zu schildern: In einem „an das ZK [Zentralkomitee] der russischen KP gerichteten Brief »mit Kopien für Genosse Lenin und Tsjurupa« schilderte er ungeschminkt, die Lage in der von den Ernährungstruppen heimgesuchten Arbeitskommune" (Dalos, S. 102).

Anfangs verwies er auf die Ungerechtigkeit, daß z. B. ein deutsches Dorf mit 5 200 Einwohnern und 5.500 Desjatinen Ackerfläche die Lieferung von 93.000 Pud Getreide aufgebrummt bekam, während von einem russischen Nachbardorf mit 3 500 Bauern mit der gleichen entsprechenden Anbaufläche nur 3.000 Pud gefordert wurden. Suppes weiter:

> *„»Soll etwa diese offene Diskriminierung eine indirekte Anerkennung der hohen landwirtschaftlichen Kultur der Kolonisten sein?« [. . .] Dann kritisierte er die zu niedrige Brotnorm für die Deutschen und einige Absurditäten bei der Ablieferung des Futters" (Dalos, S. 102).*

Dieses mußte aus Mangel an Holz verheizt werden, „die Bauern fragten: »Hat mein Pferd kein Recht auf eine kleine Heuration?«" Sie waren gezwungen, bei den Spekulanten Futter nachzukaufen, was im Übrigen in der sowjetischen Zwangswirtschaft grundsätzlich verboten war (Dalos, S. 102).

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Diana Zimmer, AfD-Direktkandidatin für den Wahlkreis Pforzheim/Enzkreis, ist Rußlandeutsche.

Erinnern

„Kirchenglocken: Abgabe von deutschem Kulturerbe an polnische Gemeinden

28.12.2020, 11:24 Uhr, Stadtdekanat Münster

Es ist schon eine kleine Sensation: Jahrzehntelang fiel sie niemandem auf, jetzt löst eine alte Glocke aus dem Jahr 1555, im Innenhof des Kirchengerichts, dem Bischöflichen Offizialat am Domplatz, wahre Glücksgefühle bei den Mitgliedern einer Kirchengemeinde in Polen aus. „Nach 77 Jahren bekommen wir unsere Glocke wieder“, sagt Hans Manek, der mit leuchtenden Augen vor der 400 Kilogramm schweren Glocke steht. Seit zwei Jahren ist die Gemeinde Heilige Katharina aus Alexandrien in Sławięcice – früher Ehrenforst im Kreis Cosel in Oberschlesien –, auf der Suche nach „ihrer“ Glocke.“

Von Nazis beschlagnahmte Glocke kehrt nach 77 Jahren nach Polen zurück - Bistum Münster (bistum-muenster.de)

So die politisch überkorrekte Mitteilung des Bistums Münster.

Allerdings löste diese Meldung aber auch eine Kontroverse über den Umgang mit deutschem Kulturgut in Osteuropa aus. In einem Beitrag in der *Preußische Allgemeine* (PAZ) nimmt Jochen Zauner (PAZ vom 11. April 2021) hierzu in einem „Zur Abgabe von Kirchenglocken an polnische Gemeinden“ überschriebenen Artikel Stellung:

> ***„Von Nazis beschlagnahmte Glocke kehrt nach 77 Jahren nach Polen zurück***
>
> *– Mit dieser irreführenden Überschrift verkündete das Bistum Münster um die Jahreswende 2020/21 die vereinbarte Rückführung einer Glocke der Pfarrkirche St. Katharina in Slawentzitz/Ehrenforst, einem Ortsteil der oberschlesischen Kreisstadt Kandrzin-Cosel. Entsprechende Schlagzeilen prägten daraufhin von der FAZ bis zum Deutschlandfunk die Berichterstattung bundesdeutscher Medien, welche die geschichtlich fragwürdige Darstellung der katholischen Diözese unkritisch übernahmen. Dass führende polnische Gazetten ein ähnliches Zerrbild zeichneten, verwundert nicht. Zur sachlichen Aufklärung in der Angelegenheit trug hingegen die Preußische Allgemeine Zeitung bei.*
>
> *Etwa 80.000 Glocken aus ganz Deutschland waren während des Zweiten Weltkrieges von den Behörden konfisziert worden, um ihr Material zur Rohstoffgewinnung für die Rüstungsindustrie zu nutzen. Nach dem Ende des Krieges lagerten viele dieser Objekte auf dem so genannten „Glockenfriedhof“ in Hamburg. Während die meisten der übrig gebliebenen Glocken in ihre Heimatgemeinden zurückgeführt wurden, konnten etwa 1300 Glocken aus den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße nicht mehr zurückkehren, weil sich diese zum gegebenen Zeitpunkt bereits unter polnischer oder sowjetischer Fremdverwaltung befanden. Da die Glocken jedoch in Hamburg nicht bleiben konnten, wurden sie als „Patenglocken" an westdeutsche Kirchengemeinden ausgeliehen. So fand auch die Glocke aus Slawentzitz neben zwei anderen ihren Platz im Innenhof des Kirchengerichts zu Münster in Westfalen. [. . .]*
>
> *Manfred Rekowski, ehemaliger Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und geboren im masurischen Moythienen, sorgte 2019 dafür, dass ein Abendmahlskelch aus Mensguth in Ostpreußen der heute dort bestehenden evangelisch-augsburgischen Gemeinde überreicht wurde, welche über ihre Zugehörigkeit zur Pfarrei Passenheim ein partnerschaftliches Verhältnis mit der evangelischen Kirchengemeinde in Mönchengladbach-Rheydt pflegt.*
>
> *Fehlgeleitete Presseberichte in der Art des Münsteraner Falls begleiteten jeweils das Handeln der Kirchenvertreter.*
>
> *Ob Kirchenglocken oder klerikale Gegenstände, in allen diesen Fällen handelte es sich um deutsches Kulturerbe aus deutschen Kirchengemeinden in deutschen Städten, das durch die Wirren des Krieges seinen Weg in den Westen Deutschlands gefunden hatte. Bis zur Übergabe an die polnischen Gemeinden im heutigen Ostpreußen, Westpreußen oder Schlesien hatten sich die Gegenstände zu keinem Zeitpunkt auf polnischem Staatsgebiet befunden. Von einer „Rückkehr nach Polen“ kann somit keine Rede sein. Auch kann nur „zurückgegeben“ werden, was dem jeweils anderen zuvor gehörte.*
>
> *In diesem Zusammenhang sei am Rande auch an die Auslieferung von zumeist aus den preußischen Ostprovinzen stammenden 3661 Kirchenbüchern an die polnische katholische Kirche in den Jahren 2001/2002 durch die Kardinäle Lehmann und Glemp erinnert.“*

Es ist zu hoffen, daß die deutschen Bistumsarchive zumindest verwertbare Kopien der für die Ahnenforschung unerläßlichen Kirchenbücher erstellt hatten . . .

Herbert Karl

Deutsche Minderheiten weltweit

+++ Pressemitteilung +++

Martin Louis Schmidt und Damian Lohr (beide AfD) zum Partnerschaftsjubiläum mit Oppeln: Deutsche Minderheit stärker einbeziehen

Am 11. September 2021 jährt sich zum 20. Mal die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft Oppeln in Oberschlesien.

Dazu Martin Louis Schmidt, Sprecher für Regionalpartnerschaften der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz: „Wir begleiten die Regionalpartnerschaft mit Oppeln mit großer Sympathie. Die Unkenntnis über die polnische Partnerregion scheint bei der Landesregierung allerdings noch immer erstaunlich groß zu sein, wenn beispielsweise Minderheitensprache mit Fremdsprache verwechselt wird (Drs. 17/13088, Frage 19). Die dortige deutsche Minderheit erlernt die deutsche Sprache nicht als Fremdsprache, sondern als die ihrer Vorfahren, die seit Jahrhunderten in der schlesischen Region Oppeln verwurzelt sind. Die AfD-Fraktion sieht bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit der Partnerregion Oppeln und der Einbindung der deutschen Minderheit eine ganze Menge Luft nach oben.“

Damian Lohr, parlamentarischer Geschäftsführer und europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, ergänzt:

„Gerade die deutsche Minderheit erfüllt eine wichtige Brückenfunktion zwischen Deutschland und Polen. Das zeigte sich in diesen Tagen auf sehr eindrucksvolle Art und Weise, als Bernard Gaida, der Vorsitzende der deutschen Minderheit, bezüglich der Hochwasserkatastrophe Ministerpräsidentin Dreyer schrieb, die in Polen lebenden Deutschen würden sich einer Spendenaktion des Roten Kreuzes in Deutschland anschließen. Zu dieser großartigen Geste der Solidarität haben wir für die nächste Sitzung des Europaausschusses am 16. September einen Antrag eingereicht.“

Martin Louis Schmidt, MdL ist Sprecher für Regionalpartnerschaften der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Damian Lohr, MdL ist parlamentarischer Geschäftsführer und europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Foto Martin Louis Schmidt & Damian Lohr: http://www.afd-rlp-fraktion.de/die-fraktion (Quelle: AfD RLP)

Mainz, den 09. September 2021

VAdM: Nachrichten und Vermischtes

Afghanistan-Resolution vom 12. September 2021:

Keine Wiederholung von 2015 mit Afghanistan

Das Jahr 2015 steht wie kein anderes für eine illegale Masseneinwanderung nach Deutschland, welche unserem Land und Volk enormen Schaden zugefügt hat.
Das Scheitern des deutschen Einsatzes in Afghanistan darf kein Anlass für eine neue Welle der Massenmigration sein. Das Fiasko des unnötigen Afghanistan-Einsatzes mit 59 toten deutschen Soldaten und 7,8 Milliarden Euro Kosten ist schon Schaden genug.
Auch die Zahlen der „Ortskräfte" sind nicht klar abzusehen. Die Schätzungen reichen von 400 bis über 70.000 Ortskräften. Jeweils sind bis zu 7-köpfige Familien und potentieller Nachzug des erweiterten Familienkreises zu erwarten. Die Gefahr besteht, dass hunderttausende Afghanen und auch Menschen aus anderen Ländern unter dem Deckmantel der „Ortskraft" nach Deutschland einreisen – ähnlich den „Ärzten und Ingenieuren" im Jahr 2015. Die laxe Handhabung kann zu hunderttausenden neuen Asylbewerbern in unserem Land führen. Wir sagen nein!

Wir stellen fest:
1. Wir wollen keine Einwanderung unter Missbrauch des Aufenthalts- und Asylrechts aus Afghanistan. Dazu muss mit dessen Nachbarländern verhandelt werden.
2. Das Einfliegen von Afghanen unter dem Deckmantel der „Ortskraft" muss sofort aufhören.
3. Sollte die afghanische Regierung entgegen ihrer Ankündigung gegen die „Ortskräfte" vorgehen, müssen diese nach Pakistan und andere benachbarte Länder in Sicherheit gebracht werden. Die Einstufung als „Ortskraft" muss eng und anhand von tatsächlichen Verträgen erfolgen.
4. Die Beherbergung afghanischer Flüchtlinge muss heimatnah in sicheren Anrainerstaaten erfolgen, die Afghanistan auch kulturell näherstehen. So kann mit weniger Mitteln mehr Menschen geholfen werden.
5. Keine weiteren Geldtransfers nach Afghanistan, von denen die Taliban, korrupte Politiker oder weltfremde Nichtregierungsorganisationen profitieren.

Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit vom AfD-Landespartei in Baden-Württemberg verabschiedet..

Bildnachweis:

Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

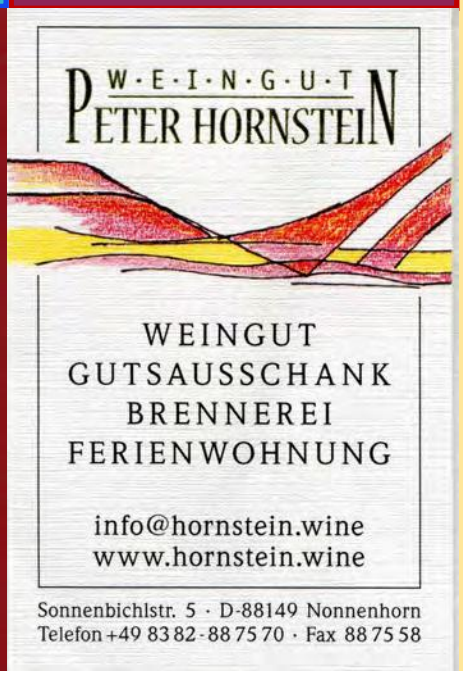
HOH(L)SPIEGEL:

Herr Karl, die derzeitige Situation in unserem Land ist immer häufiger schwer zu ertragen. Moralischer Universalismus, Kulturkampf und diese geistige Bevormundung sind ziemlich anstrengend und frustrierend.
Aber wir lassen nicht nach beim Umsetzen unseres Programms.
Der Wahlkampf ist angelaufen, vieles ist in Vorbereitung.
Schauen Sie bitte mal auf:

www.afd-chemnitz.de
www.courage-fuer-chemnitz.de
C. A. aus Chemnitz

Buchempfehlung

Weinempfehlung



Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de